

23.06.2017

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

mit Helmut Kohl ist am vergangenen Freitag ein großer Staatsmann gestorben. Viele von uns verbinden persönliche Erinnerungen mit dem Kanzler der Deutschen Einheit. In den sozialen Netzwerken schrieben viele, die Begriffe Kanzler und Kohl seien für sie früher untrennbar miteinander verbunden gewesen. Auch meine Jugend und späteren Jahre waren von seiner 16 Jahre andauernden Amtszeit geprägt. Später hatte ich dann als Politiker die Ehre, Helmut Kohl persönlich kennenzulernen. Ich erinnere mich noch immer gern an meine Treffen mit ihm. Mehrmals hat er mich als Mensch tief beeindruckt, zum Beispiel als ich ihn zuletzt im Jahr 2012 getroffen habe und er sich noch ganz konkret an Veranstaltungen bei uns in Verden und an den Kreisvorsitzenden Wilhelm Hogrefe erinnern konnte. Als ich ihm und seiner Frau Hannelore einmal eine unserer Weinsalami bei seinem Besuch des Messestandes meiner Firma geschenkt hatte, hat er sich sofort mit einem persönlichen Schreiben bedankt. Daran spürte man, dass Kohl ein Politiker und Mensch der alten Schule war.

Wir alle wissen, was unser Kontinent, was unser Land, was aber auch unsere Partei und unsere Fraktion Helmut Kohl zu verdanken haben. Für uns alle wird sein Name für immer mit der deutschen Wiedervereinigung und dem vereinten Europa verbunden sein. Bei seinem Besuch im September 2012 hat er uns noch einmal eindringlich daran erinnert, dass unser Einsatz dem Frieden gelten muss – und dass dieser Frieden nur durch ein geeintes Europa bewahrt werden kann.

Auch im Haushaltsausschuss sind wir in dieser Woche fleißig gewesen und haben trotz sommerlicher Höchsttemperaturen in Berlin insgesamt 75 Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Man merkt deutlich, dass in dieser und der kommenden Sitzungswoche noch einmal einiges angestoßen wird, bevor der Deutsche Bundestag in die Sommerpause geht!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Verleihung des WLFD-Preises an die Prinzessin Kira von Preußen-Stiftung

Am Dienstag hat die Weltliga für Freiheit und Demokratie – Deutschland e.V. - kurz WLFD - wie in jedem Jahr ihren Freiheits- und Demokratiepreis verliehen. Preisträger waren in diesem Jahr mein Freund Georg Friedrich von Preußen und seine Frau, Prinzessin Sophie von Preußen. Mit ihrer wohlthätigen Arbeit durch die Prinzessin Kira von Preußen Stiftung leisten die beiden einen wichtigen Beitrag zum sozialen Engagement in Deutschland sowie auch im Ausland. Ihr besonderes Musikprojekt bringt christliche, jüdische und muslimische Kinder zusammen, um gemeinsam Musik zu machen, sich auszutauschen und darüber näher zusammen zu wachsen.



Mit Todd Fletcher und Georg Friedrich Prinz von Preußen

Aus persönlichem Kontakt weiß ich, wie sehr die Stiftung der Familie am Herzen liegt und mit welch vorbildlichem Einsatz hier zugunsten benachteiligter Kinder gearbeitet wird. Ich freue mich deshalb sehr, dass die Entscheidung auf Georg und Sophie von Preußen gefallen ist. Die WLFD, deren Vizepräsident ich bin, wurde bereits 1954 in Taipeh gegründet und setzt sich seither für Demokratie und Menschenrechte ein. Der von der WLFD verliehene Freiheits- und Demokratiepreis wird seit 2013 für vorbildliches und unermüdliches Engagement zur Förderung eines friedlichen Zusammenlebens von Menschen und Völkern in Freiheit und Demokratie vergeben.

Stärkung und Aufwertung des Pflegeberufs

Wir bringen die Pflegereformen dieser Legislaturperiode mit der Reform der Pflegeausbildung zum Abschluss. Nachdem mehr Bedürftige mehr Leistungen in der Altenpflege beziehen, sorgen wir nun dafür, dass auch bei steigender Anzahl Pflegebedürftiger ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.

Um die Pflegeberufe attraktiver zu machen, starten wir ab 2020 einen Praxistest und lassen eine Zeit lang mehrere Ausbildungswege zu. Alle Pflege-Auszubildenden werden die ersten zwei Jahre lang gemeinsam ausgebildet. Danach können sie sich entscheiden, ob sie sich im dritten Jahr auf Kinderkranken- oder Altenpflege spezialisieren oder ob sie Generalisten bleiben möchten. Uns war wichtig, dass die drei Berufsabschlüsse – insbesondere in der Alten- und Kinderkrankenpflege – erhalten bleiben und gleichberechtigt nebeneinander stehen. Die Auszubildenden sollten die größtmögliche Freiheit haben, selbst zu entscheiden, welches der beiden Modelle das bessere ist.

Unsere große Sorge war, dass der Nachwuchs ausbleibt, weil Schüler mit Hauptschulabschluss mit der neuen Ausbildung überfordert sein könnten. Es ist nun vorgesehen, dass Pflegeschüler, die nach zwei Jahren die Ausbildung mit einer Prüfung beenden, zukünftig als Pflegeassistenten arbeiten können. Positiv ist auch, dass das Schulgeld in der Altenpflege der Vergangenheit angehört. Dies ist ein wichtiger Beitrag, dem Fachkräftemangel in der Pflege wirksam zu begegnen.

Nach sechs Jahren Umsetzung der neuen Ausbildung erfolgt dann eine Auswertung der Anzahl der separaten Abschlüsse. Haben mehr als 50 Prozent den generalistischen Abschluss gewählt, sollen die eigenständigen Berufsabschlüsse auslaufen. Über Abschaffung oder Beibehaltung entscheidet der Deutsche Bundestag. Ebenso wird der Gesetzgeber über die weitere Ausgestaltung des Pflegeberufsgesetzes durch eine Ausbildungs- und Prüfungsverordnung beraten.

Süddeutschland Hochburg der deutschen Digitalisierung

In einer jüngst veröffentlichten Studie auf Grundlage einer Big-Data-Analyse wertete das Institut der deutschen Wirtschaft Köln die Zahl und regionale Verteilung der im Jahr 2014 angemeldeten und nun gültig gewordenen Digitalisierungspatente in Deutschland aus. Jedes vierte Digitalisierungspatent stammt demzufolge aus dem Großraum München. In der bayerischen Landeshauptstadt allein werden somit mehr Digitalisierungspatente angemeldet als in jedem anderen Bundesland – etwa doppelt so viele wie in ganz Nordrhein-Westfalen. Mit einem Schnitt von 37 Patentanmeldungen pro 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigter weist Bayern insgesamt die mit Abstand höchste Patentleistung im Bereich Digitalisierung auf. Damit übertrifft das süddeutsche Bundesland den Bundesdurchschnitt um das nahezu Dreifache. An zweiter Stelle steht Baden-Württemberg mit 23 Patentanmeldungen pro 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigter.

Bericht über die Programme zur Innovations- und Technologieförderung im Mittelstand in der laufenden Legislaturperiode, insbesondere über die Entwicklung des Zentralen Innovationsprogramms (ZIM)

Der jährliche Bericht über den aktuellen Stand der Programme zeigt, dass die jüngste programmatische Neuausrichtung mit den vier Fördersäulen Gründung, Kompetenz, vorwettbewerbliche Forschung sowie marktnahe Forschung und Entwicklung richtig ist. In dieser Legislaturperiode haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Fördermittel des Wirtschaftsministeriums für den innovativen Mittelstand von 870 Millionen Euro 2012 auf derzeit 980 Millionen Euro 2017 gestiegen sind. Die Programme haben sich in der Praxis als außerordentlich wirkungsvoll erwiesen.

Abzug der Bundeswehr aus Incirlik.

Die Gespräche zu den Besuchsmöglichkeiten von Bundestagsabgeordneten bei den Bundeswehr-Soldaten im türkischen Incirlik sind an der türkischen Regierung gescheitert. Damit verweigert die Türkei den Parlamentariern eines NATO-Partners endgültig das Besuchsrecht. Diese Entscheidung der Türkei ist nicht nur falsch. Sie widerspricht dem Wertekanon der NATO und erschwert unnötig den Kampf der Staatengemeinschaft gegen das terroristische Regime des IS. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden vom Bundestag mandatiert und müssen durch diesen auch kontrolliert werden können. Dazu gehört auch die grundsätzliche Besuchsmöglichkeit durch Abgeordnete. Das Verhalten der Türkei zwingt uns demnach zur Verlegung der Tornado-Aufklärungsflugzeuge. Diese sollen auf die jordanische Luftwaffenbasis Al Azraq verlegt werden.

7. Bericht zur Lage der älteren Generation in Deutschland

Der 7. Altenbericht thematisiert die kommunale Verantwortung für die Daseinsvorsorge, lokale Hilfestrukturen, die Gesundheitsversorgung sowie Pflege und Wohnen im Alter. Er weist insbesondere auf die Herausforderung hin, angesichts sehr unterschiedlicher Verhältnisse in den Regionen Deutschlands gleichwertige Lebensverhältnisse für ältere Menschen zu sichern.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Marlen Homeyer